

SICHERHEIT GEFÄHRDET



Katastrophenfall: Perspektive nötig

Es wird zuwenig für den Zivilschutz getan, erklärten die Katastrophenschützer Mirko Temmler und Berend Burwitz im Rahmen eines Vortrages in Wilhelmshaven.

Henning Karasch



12.06.2023, 10:40 Uhr



Die beiden Experten für Katastrophenschutz Mirko Temmler (links) und Berend Burwitz informierten über das Thema Sicherheit.

Es wird zu wenig für den Zivilschutz getan, erklärten die Katastrophenschützer Mirko Temmler und Berend Burwitz im Rahmen eines Vortrages in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven - Die Vortragsreihe der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Sektion Wilhelmshaven/Friesland, wurde mit einem Besuch des Präsidenten des 2021 neu aufgestellten Niedersächsischen Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK), Mirko Temmler aus Celle, fortgeführt. Die Zivilschutzfähigkeit sei nach und nach reduziert worden, bedauerte Sektionsleiter Berend Burwitz bei der Begrüßung. Cyberattacken, die Flutkatastrophe im Ahrtal und der russische Angriff auf die Ukraine führten zum Umdenken, von der kommunalen zur überregionalen oder europäischen Krisenbehandlung.

„Katastrophendemenz“

Mirko Temmler nannte es gar „Katastrophendemenz, wenn etwas passiert, ist Geld da, und nach einem Halbjahr flacht das Interesse ab“. Der 39-Jährige fragte, wie groß das Ereignis sein müsse, um den Mut zur Veränderung aufzubringen. Dies bedeute auch, neue Perspektiven in die Köpfe vieler tausend Ehrenamtlicher zu bringen. Im niedersächsischen Haushaltsansatz standen 2014 zwei Millionen Euro für den Katastrophenschutz. Seit 2017 seien darin landesweit 120 Millionen Euro investiert worden. Ein Katastrophenfall sei eine Situation, so Mirko Temmler weiter, in der ein Hauptverwaltungsbeamter der Meinung ist, dass es, wie im Ahrtal, einer zentralen Leitung bedarf. „Bei anderthalb Stunden Stromausfall bringen die Leute die Leitstelle zum Überlaufen“, beklagte der Präsident die mangelhafte Resilienz einiger Mitmenschen. Aufgaben in Kriegs- und Katastrophenszenarien ähnelten sich, meinte der Referent, und nannte Einsatzkräfte des Zivilschutzes als Brandschützer in der Ukraine oder die Aufnahme 700 Schwerstverletzter aus dem Kriegsgebiet in Niedersachsen. Zuständigkeiten von Bund und Ländern seien ebenso wenig voneinander abzugrenzen, wie sich der Einsatz der Brandschützer vor Ort oder im Kriegs- und Katastrophenfall unterscheide, außer, dass Brandschützer hier nicht beschossen würden und nicht mit zerstörter Infrastruktur und Amputationen nach Bombenexplosionen zu tun hätten.

Nichts dem Zufall überlassen

„Es kann nicht sein, dass es dem Zufall überlassen bleibt, ob jemand eine Warn-App auf dem Handy hat“, warnte Mirko Temmler, dass zu wenig für den Zivilschutz getan werde, obschon dessen Themen im rot-grünen Koalitionsvertrag auf drei Seiten präsent sei wie nie zuvor. Ein 40 Millionen-Euro-Paket für den Katastrophenschutz sei darunter. Die Bundeswehr beneidete er ein wenig um deren Weißbuch als Leitfaden sicherheitspolitischer Entscheidungen und Handlungen. So müssten Hilfsorganisationen immer noch die Unterhaltung ihrer Fahrzeuge selbst übernehmen. Ein Prozent der Bevölkerung Niedersachsens, also rund 80 000 Personen, sollten als Helfende zur möglichen Aufnahme und Dekontamination Verletzter bereitstehen, forderte Mirko Temmler. Bei den vielen unbesetzten Stellen in Betrieben sei es jedoch kaum vorstellbar, dass Arbeitgeber viele Mitarbeitende in Einsätze gehen ließen. Da müsse mit der Ressource Ehrenamt anders hausgehalten werden. „Es kann ein außergewöhnliches Ereignis mit Katastrophen-Voralarm festgestellt werden, um die Lücke in der Freistellung zu schließen“, schlug Mirko Temmler vor.

ANZEIGE

